

## **Politische Bildung gegen Rechtsextremismus heißt: komplexe Angebote contra einfache Antworten**

### **Die „Wiederentdeckung“ der Politischen Bildung**

Die Forderung nach schnellen Lösungen im Kampf gegen Rechts – der Wunschtraum vieler Politiker – hat natürlich auch den Bereich der Politischen Bildung erreicht. Jedoch: ebenso wenig, wie das Problem rechtsextremer Orientierungen auf subkulturelle Formen der Jugend-szene reduzierbar und damit zum sozialpädagogischen Pflegefall erklärt werden kann, ist der Ruf nach Politischer Bildung als „Task Force“ zur Beförderung demokratischer Kultur die Lösung.

Binsenweisheit? Eigentlich schon, wäre da nicht erneut die bunte Vielfalt von Aktionismus und Kampagnenkultur aus dem Sommerloch des Jahres 2000 hervorgegangen, die eine notwendige Entwicklung von komplexen Ursachenanalysen, daraus resultierenden Beratungs- und Dienstleistungsangeboten, Handlungsorientierungen sowie Trainingskursen als vernetztes Angebot der Politischen Bildung verhindert.

### **„Politische Bildung gegen Rechtsextremismus pendelt zwischen Omnipotenzzuschreibung und Ohnmachtsempfinden“<sup>1</sup>**

In der (wenigen) Literatur zu Möglichkeiten und Perspektiven der Politischen Bildung gegen Rechtsextremismus ist Ratlosigkeit oder bloße Appellkultur im Vordergrund. Kein Wunder, sind sich doch fast alle Wissenschaftler einig, daß es in der Bestandsaufnahme eher um die Beschreibung von „Dilemmata“<sup>2</sup> einer „Erziehung nach Hoyerswerda“ geht:

Der Stand der wissenschaftlichen Forschung ist geprägt von Erklärungsmodellen, die auf Verbindungen von rechtsextremen Orientierungen und Modernisierungsprozessen, Ent-solidarisierung, den verschärften Konkurrenzdruck, die Standortdebatte, Ausgrenzungstendenzen, Benachteiligungen in Fragen der sozialen Gerechtigkeit, Auswirkungen der betrieblichen Hierarchisierung, Verabsolutierung des Leistungsprinzips, Globalisierungs-ängsten, tatsächlichem Qualifizierungsbedarf u.v.m. verweisen. Jeder monokausale Erklärungsversuch muß deshalb zu kurz greifen, dementsprechend auch die Durchführung kurzfristiger Programme, Kampagnen oder bloßer Vereinbarungen. Übereinstimmend herrscht deshalb auf der Seite der Praktiker die Forderung nach Langfristigkeit, Nachhaltigkeit sowie fest institutionalisierten Strukturen.

Die fast unüberschaubare Fülle von – zum Teil widersprüchlichen – Erklärungsmodellen rechtsextremer Orientierungen, Ursachenanalysen, Definition von Ideologiesegmenten,

---

<sup>1</sup> Klaus-Peter Hufer: Rechtsextremismus und politische Weiterbildung. Vom Alltag der Erwachsenenbildung und von der Notwendigkeit einer Bildungsarbeit gegen Rechts, In: Butterwegge, C./Lohmann, G.(Hg.): Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt, Opladen 2000, S. 284

<sup>2</sup> vgl. ebenda S.283f sowie: Butterwegge, Christoph: Mit politischer Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Standortnationalismus?, In: Mecklenburg, Jens (Hg.): Was tun gegen rechts, Berlin 1999, S. 139-159

empirischen Befunden in der sozialwissenschaftlichen Forschung habe sich nicht in Handlungsanleitungen für Politische Bildung umgesetzt.

Die Bedeutung von Politischer Bildung als Sozialisationsinstanz in diesem Zusammenhang sei nicht oder als nicht relevant definiert.

Fehlende Handlungsanleitungen in der Praxis der Bildungsarbeit.

Mangelnde Fähigkeit, die Kernaussagen, Organisations- und Erscheinungsformen des Rechtsextremismus in politische Bildungsarbeit vermittelbar umzusetzen

Die Unmöglichkeit, Rechtsextreme direkt zu erreichen.

Überschätzung der Möglichkeiten politischer Bildungsarbeit.

Inhaltlich: „Statt die soziale mit der nationalen Frage zu verbinden, wie es Rechtsextremisten bzw. –populisten tun, muß die demokratische mit der sozialen Frage verknüpft werden.“<sup>3</sup>

„Belehrungen kommen Erfahrungen nicht an“ (Wilhelm Heitmeyer). Es fehlen konkrete Möglichkeiten, Erfahrungen zu sammeln, vor allem in der Jugendbildungsarbeit.

Politische Bildung sei zunehmend in Konkurrenz mit anderen -vornehmlich beruflichen - Qualifizierungsangeboten den Verwertbarkeitskriterien am Markt ausgesetzt und damit in die Bedeutungslosigkeit gedrängt worden. Notwendige staatliche „Subventionierung“ ist dabei ausgeblieben.

### **Politische Bildung als Dienstleistungsangebot**

Die oben definierten Problemfelder fordern eine neue Form vielschichtiger Arbeit. Die Differenzierung der Arbeitsfelder nach Zielgruppen, einen Bildungsbegriff, der Handlungsfelder nicht nur definiert, sondern eigenverantwortlich bearbeitet, Aufgabe der Trennung von Theorie und Praxis und dennoch eine intensive Vernetzung mit wissenschaftlichen, pädagogischen, journalistischen und politischen Institutionen.

Konkret geht es vor allem um die Dienstleistungen:

Überblick über relevante wissenschaftliche Erkenntnisse zu Ursachen, Ideologiesegmenten,

Erscheinungsformen und kulturellen Ausprägungen von Rechtsextremismus

Beobachtung der rechtsextremen Organisationen, Personen und Strukturen

Journalistische Recherche und Öffentlichkeitsarbeit

Fortbildung und Qualifizierung von Multiplikatoren

Arbeit mit rechten Jugendlichen /Aussteigern/ betroffenen Eltern

Beratung von Institutionen, Firmen, Kommunen, politischen Gremien

Initiierung von Projekten, Programmen, Trainings

Schaffung von gewaltfreier Kultur in Form präventiver Strukturen

Ausbildung/Bereitstellung von fachkompetentem Personal in Kooperation mit Hochschulen

Diese Anforderungen sind aus der Praxis der – von ARBEIT UND LEBEN e.V. in Braun-

---

<sup>3</sup> ebenda S.153

schweig gegründeten – Arbeitsstelle „Rechtsextremismus und Gewalt“ entwickelt (*siehe dazu auch den Artikel in diesem Magazin*).

## Antirassistisches und interkulturelles Lernen

“Interkulturelle” und “antirassistische” Bildung sollten nicht als gegensätzlich betrachtet werden – sie ergänzen sich. Denn die Sensibilisierung für die eigenen Haltungen und Widersprüche ist eine Voraussetzung für die Erkenntnis, wie gesellschaftliche Strukturen produziert und reproduziert werden. Dazu ist es sowohl notwendig, sich der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und Grenzen zu vergewissern und diese zum Thema zu machen, wie auch die Unterschiedlichkeit der Menschen wahrzunehmen und wertzuschätzen.

**“Wo permanent über Einwanderungsbegrenzungen geredet wird, restriktive Rechtsvorschriften für Migrantenfamilien erlassen und brutal Abschiebungen exekutiert werden, da werden pädagogische Anstrengungen konterkariert.”<sup>1</sup>**

Wenn z. B. bei Einheimischen Ausländerfeindlichkeit zum Problem wird, erklärt man den Abbau von Vorurteilen und Rassismus zum pädagogischen Ziel. Ein gesellschaftlich erzeugtes und strukturell verankertes Problem wird so formuliert, dass bestimmte Personengruppen, wie die Jugendlichen, zum Problem werden. In der pädagogischen Umformulierung sind nicht mehr die gesellschaftlichen Strukturen und Diskurse das Problem, sondern die Vorurteile von Menschen: die Pädagogik setzt sich dann zum Ziel, Menschen zu verändern. Niemand fragt danach, ob diese Menschen auch geändert werden wollen oder sich selbst ändern wollen. So werden häufig gesellschaftliche Anforderungen in pädagogische Ziele umformuliert und sind somit Grundlagen für unbefriedigende Lernprozesse auf Seiten der Lehrenden wie auch der Lernenden.

Es ist wichtig, daß wir uns als Referent/inn/en bewusst machen, dass eine individuell-psychologische Erklärung, die den Rassismus nur auf Vorurteile, Intoleranz und frühkindliche Konfliktverarbeitungen zurückführt wenig hilfreich ist.

Würden wir Rassismus lediglich als Vorurteil auffassen, wären wir in der Seminarpraxis damit beschäftigt, das “richtige” Urteil zu vermitteln. Wir würden bestrebt sein, “falsche” und “richtige” Bilder auszutauschen. Das hieße aber, wir bleiben dem alten Erziehungsstil treu.

“Rassistische” Äußerungen oder die, die wir darunter verstehen, würden bestraft und “antirassistische” belohnt. Wir als Referent/inn/en blieben also Träger/innen des Wissens, des “richtigen” Wissens und würden den unmündigen und verbesserungswürdigen Teilnehmenden “schon sagen, wo es langgeht”. Damit würden wir unser eigenes Gewordensein in dieser Gesellschaft verleugnen. Die Teilnehmenden würden zu Objekten des Lernprozesses gemacht. Sie selbst sollen ver- bzw. geändert werden. Eine solche Haltung wird allerdings die Teilnehmenden dazu ermutigen auszuweichen.

Holzcamp schreibt dazu: “So kommt es in dieser Konstellation zu einem permanenten, mehr oder weniger verdeckten Kampf zwischen dem Lehrer, der den zu Erziehenden ihre rassistischen Vorurteile austreiben will, und den Schüler/inne/n, die den Lehrer durch Zum-Munde-Reden einzuwickeln versuchen: Sie werden ihm erzählen, was er hören will. aber, wo immer es geht, sich der Zumutung, sich als Person umstimmen lassen zu sollen, entziehen und das, was sie ‘wirklich’ denken, gegenüber dem Lehrer schön für sich behalten.”<sup>2</sup>

**Lernen geschieht immer in der ersten Person, und jede(r) braucht einen Grund zum Lernen. Lernen ist ein Umweg im Handeln, der immer dann subjektiv notwendig wird, wenn ein Problem durch direktes Handeln offensichtlich nicht gelöst werden kann.**

Die Aufgabe von uns als Referent/inn/en wäre es demnach, ein Lernproblem des Betroffenen aufzugreifen oder ihm ein Lernproblem so einsichtig zu machen, dass es motiviert von dem Betroffenen übernommen werden kann. Wenn man feststellt, daß jemand sich z. B. ausländerfeindlichen Diskursen anschließt, ist im subjektwissenschaftlichen Ansatz die erste Frage, welche Gründe er/sie dafür hat.

Menschen sind handelnde Subjekte, immer auf der Suche nach einer Verbesserung ihrer Lebensbedingungen. Diese geschaffenen Bilder und Stereotypen können den Menschen als Versuch dienen, kurzfristig ihre Probleme zu lösen. In Situationen, in denen die Konkurrenz um Arbeitsplätze, Wohnungen und andere Güter zunimmt, erhoffen sie sich so ihren Anteil zu sichern.

Langfristig bedienen sie dabei – oft unbewusst – Mechanismen, die ihre Problemlage verschärfen. So behindern sie sich im Grunde selbst bei der Verbesserung ihrer Lebensqualität. Abwertende Wut auf “anspruchsvolle Flüchtlinge” dient häufig als Katalysator eines ersehnten Bündnisses mit der Macht. “Wir haben nicht genug Geld für alle”. *Wir* meint den deutschen Staat, in dem die Herrschenden und die Arbeitenden als eine Einheit empfunden werden. Dahinter kann ein Ausdruck realer Existenzängste der hier Sprechenden liegen, vor allem aber drückt sich die mangelnde Verfügungsgewalt über eben dieses Geld, mangelnde Beteiligung an dieser Macht aus. Der Diskurs über Flüchtlinge hat viel öffentlichen Raum; endlich werden einfache Leute gehört. Dieser subjektive Nutzen ist der Grund, warum die Individuen die strukturellen Bedingungen des Rassismus immer wieder herstellen und sich damit langfristig ins eigene Fleisch schneiden. Indem Flüchtlingen das Recht auf einen gesicherten Platz in der Gesellschaft abgesprochen wird, wird der Diskurs der Starken und der Leistungsfähigen bestärkt.

Darum bringt eine Aufklärung über die “richtigen” Bilder wenig. Es geht also darum, die Probleme, vor denen Menschen stehen und die sie mit alltagsrassistischen Bildern zu bewältigen versuchen, hinter diesen Bildern für sie selbst sichtbar werden zu lassen. Damit ist die Möglichkeit gegeben, daß sie selbst entscheiden können, ob die kurzfristige Bewältigung in ihrem Interesse ist oder ob sie zu dem schwierigen Weg einer langfristigen, über den je individuellen Lebensbereich hinausgehenden Lösung tendieren. Das können. Teilnehmende in der Tat nur in einem Lernklima für sich klären, in dem sie mit ihrer Mündigkeit ernstgenommen werden.

Als Referent/innen müssen wir uns klar machen, daß jede(r) die Möglichkeit hat, sich bewusst mit den vorgegebenen Erklärungsangeboten und auch zu sich selbst zu verhalten. Die Alternative für uns als Referent/inn/en heißt aber nicht, den eigenen Standpunkt aufzugeben, um sich ganz in den Dienst der Lerninteressen anderer zu stellen. Ich bin in der Rolle des oder der Lehrenden auch Subjekt mit eigenen Meinungen, die ich äußern kann. “Man kann gegen etwas einschreiten, wenn es der eigenen Überzeugung nötig scheint, aber man sollte das nicht zur pädagogischen Aktion stilisieren. Pädagogen sind in solchen Lernzusammenhängen nur dann nützlich, wenn sie über eine gute Reflexionsfähigkeit verfügen, wenn sie also über Theorien verfügen, die das Blickfeld erweitern, mit denen man mehr zu Gesicht bekommt als nur mit dem Alltagsverstand. Eine angemessene Analyse, die auch praktisch einen Beitrag zur Selbstklärung leisten will, muss jeweils das Verhältnis zwischen gesellschaftlichen Vorgaben und subjektivem Handeln herausarbeiten.<sup>1</sup>

## Anforderungen an unsere Bildungsarbeit

Die Erfolgsaussichten entsprechenden Lernens hängen davon ab, dass wir

- unseren eigenen Begriff von “Normalität” kritisch überprüfen;
- die möglichen Ziele und Lernmotivationen der Adressat/inn/en im Blick haben. Das gilt nicht nur im Umgang mit den Einwanderern, sondern auch für uns Einheimische;
- auch im Kampf gegen Ungleichheit und Diskriminierung die bestehenden Differenzen nicht negieren und uns im Lernprozess stets die eigene Interessengebundenheit vor Augen führen;
- die Lebenswirklichkeit der einzelnen Menschen nicht verkürzen, sondern sie in ihrer lebensgeschichtlichen sozialen und kulturellen Dynamik und Breite sowie in ihren Brüchen einbeziehen;
- Festlegungen und Zuschreibungen wie “Herkunfts- oder Heimatkultur”, “kulturelle Identität” vermeiden;
- ein Analyseinstrument für Situationen entwickeln, in denen Menschen (tatsächliche und vermeintliche) kulturelle Unterschiede wahrnehmen, diese zu eigenen Erfahrungen verdichten oder mit eigenen Erfahrungen in Verbindung setzen und darüber ihr Handeln bzw. Nichthandeln sich selbst und anderen gegenüber legitimieren.

Ein Beispiel für einen solchen Mechanismus: innerhalb eines Betriebsratsgremiums gibt es einen Konflikt, an dem ein „südländischer“ Kollege beteiligt ist. Dieser Kollege regt sich sehr stark auf. Dies wird aber von den anderen Beteiligten nicht zum Anlass genommen, über den inhaltlichen Kern der Kontroverse nachzudenken. In ihrer Wahrnehmung und ihrem Handeln lassen sie sich vielmehr eher von der Grundannahme leiten: “Südländer sind nun mal besonders temperamentvoll. Sie können nichts dafür ... “. So kommt es nicht zu einer Klärung oder Annäherung, sondern zu einer Verschiebung des Problems bzw. des Konflikts.

Darüber hinaus ist eine Analyse des historischen, politischen und juristischen Kontextes notwendig. Für uns, die wir in Deutschland leben, wäre die Auseinandersetzung z.B. mit der Geschichte des Obrigkeitsstaates, des Staatsangehörigkeitsgesetzes oder des Blut- und Abstammungsprinzips, aber auch der Geschichte und Bedeutung der Zwangsarbeiter/innen in der NS-Zeit von Bedeutung. Je besser dies gelingt desto aussichtsreicher ist die notwendige Debatte um die Rechtsgleichheit für alle Menschen, die in diesem Land ihren Lebensmittelpunkt haben; die hier leben, lieben und arbeiten.

### Anmerkungen:

- 1 Auernheimer, Georg. Interkulturelle Bildung im gesellschaftlichen Widerspruch, in: Das Argument 224, Hamburg 1998
- 2 Held, Josef: Interkulturelles Lernen aus der Sicht der kritischen Psychologie in: Das Argument 224. Hamburg 1998
- 3 Auernheimer, a.a.O.

### Zur Autorin:

Petra Wiecklik arbeitet als Pädagogische Mitarbeiterin im IG Metall Bildungszentrum Sprockhövel